

Arbeitsgruppe 2 – Dr. Michael Baumann

„Entwicklung von unten (I): Die Perspektive des Südens“

Dr. Dieter Menke
Leiter OECD Berlin Centre

Vorbemerkung

Die OECD ist in erster Linie das internationale Diskussionsforum für ihre 30 Mitgliedsländer, bereitet ihnen Entscheidungshilfen durch international vergleichende Analysen und Performance/Leistungsprüfungen (sog. peer reviews – die Prüfung unter Gleichen) vor, stellt den Dialog mit Nicht-Mitgliedsländern und der Zivilgesellschaft her und ist damit ein internationaler think tank, erweiterte Regierung und "a permanent intergovernmental conference" (GS Johnston) und Katalysator zugleich.

Handel - und zwar seine internationale, multilaterale und globale Form - ist eines der besonders wichtigen Aufgabenfelder (andere sind Entwicklungspolitik, soziale Kohäsion, Regulierungsreformen, nachhaltige Entwicklung).

Auf die WTO bezogen, könnte man sagen, 30 der 142 WTO Mitglieder - plus die neu hinzugekommenen China und Taiwan - haben sich mit der OECD eine Institution geschaffen, die, von den Regierungen der Mitgliedsländer finanziert, gemeinsame Grundlagen (nicht unbedingt gemeinsame

Positionen) für Verhandlungen erarbeitet, nicht aber Verhandlungen selbst führt.

Die OECD artikuliert sich in Leitsätzen, Empfehlungen, Deklarationen, Schlussfolgerungen und Forderungen aus analytischen Arbeiten. In diesem Sinn sind auch Äusserungen oder Positionen zu sehen, die von OECD-Ministern oder dem Handelssausschuß der OECD formuliert werden.

Es handelt sich also nicht um ein Modell der Welthandelsbeziehungen mit dem Credo des "Freihandels", das von der OECD konzipiert und postuliert worden sein könnte und dessen Ausformung und Befolgung nun die Arbeit der OECD gelten sollte, sondern eher um das Gegenteil: ein realistisches Erkennen der unvollkommenen, aber existenten internationalen Zusammenhänge und Interdependenzen, der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und gleichzeitig hochgradigen Verwerfungen, Rigiditäten, Ungleichheiten und tiefen Spaltungen. Für diese Gegebenheiten gemäß den OECD-Zielen Lösungsansätze für OECD und Nicht-OECD-Länder und für ihre Zusammenarbeit zu finden – die weder Nord- noch Südsicht, weder Reichenschutz, noch Transferpolitik sind – ist meiner Meinung nach Aufgabe der OECD.

Dem entsprechend werden meine Ausführungen zum heutigen Thema die OECD-Erkenntnisse und Einschätzungen zum multilateralen Handelssystem, zur WTO, zu Handel und Investitionen, zu Handel, Investitionen und Umwelt, zu offenen Märkten und nationaler Souveränität, zum GATS, zum Handel und Entwicklungsländern, zum Agrarbereich sowie zu den ausländischen Direktinvestitionen darstellen.

Ich betone noch einmal: Dies ist kein Modell, kein Dogma und kein Ideal. Es sind analytische Ergebnisse und Handlungsansätze für nationale und internationale Politiken.

Multilaterales Handelssystem

Im Kommuniqué des Ministerrats vom 17. Mai 2001 bekannten sich die OECD Mitglieder zum multilateralen Handelssystem. Sie fühlten sich zur Einleitung und Aufnahme einer neuen globalen Runde von multilateralen Handelsverhandlungen bei der WTO - Ministerkonferenz in Doha, Katar im November 2001 verpflichtet. Sie bekundeten, sich konstruktiv für dieses Ziel zu engagieren und zwar zusammen mit allen Ländern in der WTO.

Fortschritte bei der "built-in-Agenda" der Uruguay-Runde sind nach Feststellung der Minister im Wirtschafts- und Agrarbereich bereits gemacht worden. Aber es bedürfte sowohl breit fundierter und ausgewogener Verhandlungen als auch einer Stärkung der WTO als Regel basierter Institution. Das waren und sind hehre und gewichtige Vorsätze, sie müssen aber mit Leben und vor allem Verpflichtungswillen und Durchsetzungskraft gefüllt werden.

Die Agenda sollte nach Auffassung einiger Länder auch so wichtige Fragen wie Handelsliberalisierung und Umwelt umfassen, wozu auch die nachhaltige Nutzung natür-

licher Ressourcen gehört. Nicht minder wichtig ist die Beziehung von Handel und Arbeit und zu anderen sozialen Entwicklungsthemen. Die Expertise aller relevanten internationalen Institutionen einschließlich WTO und ILO war und ist gefragt.

Die OECD Minister betonten, dass eine neue Runde essentiell für die Entwicklungsländer sei, um ihr Wirtschaftswachstum zu stimulieren, Armut zu verringern und zu beseitigen und ihre Integration in das multilaterale Handelssystem zu fördern. Den OECD Regierungen ist klar, dass die Entwicklungsländer ein besonderes Interesse in Bereichen wie Landwirtschaft, Textil und Bekleidung haben. Initiativen der OECD zur Liberalisierung des präferenziellen Marktzugangs für die LDC und zur Einbeziehung des Handels in die Armutsbekämpfung - Strategien laufen. Infrastruktur und Kapazitäten sowie technische Hilfe sind von vitalem Interesse und gilt es aufzubauen, damit Entwicklungsländer von offenen Märkten tatsächlich profitieren können. Mehr Dialog mit der Zivilgesellschaft ist dazu nötig, eine Festigung und Förderung des "Governance Framework" erforderlich.

WTO - konsistente regionale präferenzielle Handelsabkommen können ergänzend sein, aber nicht kohärente multilaterale Regeln und progressive, multilaterale Liberalisierung ersetzen. Die verschiedenen OECD Vereinbarungen, die verhindern sollen, dass Exportförderung zu Wettbewerb verzerrenden, den Handel beschränkenden Instrumenten führen

bzw. dies bleiben kann, sind weitere Signale, die von den OECD Ländern begrüßt und anerkannt werden. Es sind zu nennen: Recommendation on Common Approaches on Environment and Export

Credits; Action Statement on Bribery and Export Credits ; Statement of Principles on unproductive expenditure and Export Credits; Export Credit Understanding on

Agriculture; Financing provisions of the Export Credit Arrangement; Export Credit Provisions to the Understanding on Ship-building 1994.

Vorteile der Liberalisierung von Handel und Investitionen

Geschätzte Wohlfahrtsgewinne aus der Uruguay Runde (in Mrd. US\$)

OECD (1993) ab 2000

	Welt	Industrieländer	Entwicklungs- länder
Vollkommener Wettbewerb	274	188	86
von Vollbeschäftigung ausgehend	48	32	16

Nach WTO Untersuchungen (1994)

	Welt	Industrieländer	Entwicklungs- länder
Vollkommener Wettbewerb	214	121	93

Abschaffung der Quoten und Zölle bei Textil- und Bekleidungsimporten jährlich weltweit 23 Mrd. US\$ Wohlfahrtsgewinn. USA: 12,3 Mrd. US\$, Kanada: 0,8; EU: 2,2; Entwicklungsländer: 8 Mrd. zusätzliche Einkommen.

Volle Tarifliberalisierung im Jahr 2010 würde 1200 Mrd. US \$ in Preisen von 1995 bringen, eine Summe, die so viel wie 3 % des Welt-BIP im Jahr 2010 bedeutet.

In den vergangenen 10 Jahren (Studie von 1998) wuchsen die amerikanischen Exporte in die Entwicklungsländer um 240% rascher als die Exporte in Hochlohnländer. Mittlerweile sind 42% der US

Gesamtexporte Ausfuhren in Niedriglohnländer.

Kernsätze

- Handel und Investitionen sind bedeutender denn je.
- Die Integrationsrolle ist evident.
- Liberalisierung bedeutet, dass es mehr zu verteilen gibt und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum gesichert werden kann.
- Die Marktintegration begünstigt eine stärkere wirtschaftliche Interdependenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

- Ein radikaler Wandel in der Einstellung gegenüber Handel und Investitionen ist zu vermuten: 1600 Investitionsschutzabkommen, allein 800 in den neunziger Jahren.
- Offenere Volkswirtschaften erzielen bessere Ergebnisse als restriktivere Volkswirtschaften. Offene Märkte bringen mehr Wahlfreiheit, Spezialisierung und Handel. Offene Märkte sind mit gesamtwirtschaftlichen wie auch individuellen Vorteilen verbunden.
- Liberalisierung fördert den Wettbewerb, Produktivitätssteigerungen und Übernahme modernster Produktionstechniken.
- Direktinvestitionsexporte tragen zur Stützung der Beschäftigung im Ursprungsland bei und führen zu weiteren Exportsteigerungen.
- Protektionistische Maßnahmen wirken wie Steuererhöhungen. Protektionismus lässt die Binnenwirtschaft schrumpfen. Handelsbeschränkungen sind mit zu hohen Kosten verbunden.
- Die Technologie übt einen bestimmten Einfluß auf Arbeitsplätze und Löhne aus.
- Importe aus Entwicklungsländern haben nur begrenzte Effekte auf die Arbeitsmärkte der OECD-Länder.
- Die meisten Erwerbspersonen sind im Dienstleistungssektor beschäftigt.
- Die Industriestaaten betreiben hauptsächlich Handel untereinander. Der Industriegüter - Handel zwischen OECD-Ländern und aufstrebenden Volkswirtschaften ist weitgehend ausgeglichen.
- Der Handel kann in einigen Sektoren und Regionen mit negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt verbunden sein (Textil/Bekleidung), der Gesamteffekt der Industriegüter - Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern ist jedoch zu gering, um den Handel als Hauptursache hinzustellen.
- Niedrige Löhne allein sind für Wettbewerbsvorteile nicht ausschlaggebend.
- Wie beim Handel bleiben die OECD-Länder bei ausländischen Direktinvestitionen (ADI) vorwiegend unter sich.
- Bei Standortentscheidungen fallen andere Faktoren als die Löhne stärker ins Gewicht.
- In modernen Volkswirtschaften findet ein ständiger Anpassungsprozeß statt. Handel trägt zur Umschichtung der produktiven Ressourcen der Gesellschaft bei.
- Liberalisierung von Handel und Investitionen ermöglicht rascheres Wirtschaftswachstum, womit wiederum bessere Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können.
- Eine gerechtere Verteilung der Vorteile von Marktöffnung ist ein vordringliches politisches Anliegen (der OECD).

Handel, Investitionen, Umwelt

Eine solide Umweltpolitik ist Schlüssel zur optimalen Nutzung der Marktöffnung. Li-

beralisierung dürfte die Verbreitung umweltverträglicher Technologien erleichtern. Studien zeigen, dass die Umweltbelastung in solchen Ländern rascher zugenommen hat, deren Grenzen dem Kräftefeld des Weltmarktes gegenüber relativ verschlossen bleiben. Eine Wachstumshemmende Politik wird kaum der Umweltzerstörung entgegenwirken. Die Voraussetzung für die Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme sind Dialog und Zusammenarbeit. Liberalisierung von Handel und Investitionen ergänzt die Umweltpolitik, ist aber kein Ersatz für unzureichende Maßnahmen in diesem Bereich.

Offene Märkte und nationale Souveränität

Befürchtungen hinsichtlich der Souveränität entstehen aus der Globalisierung und der Anwendung multilateraler Verträge. Diese Befürchtungen stellen sich für den einzelnen Bürger und in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich dar, weisen jedoch auch einige gemeinsame Elemente auf. Liberalisierungsstrategien können Souveränität und politische Flexibilität stärken und durch multilaterale Übereinkommen wird Souveränität ausgeübt, nicht aufgegeben.

Liberalisierung und effektive Regelwerke gehen Hand in Hand und die Marktwirtschaften verfügen über außerordentlich vielfältige ordnungspolitische Konzepte. Multilaterale Übereinkommen respektieren ordnungspolitische Zielsetzungen. Die multilaterale Liberalisierung beruht auf souveränen Entscheidungen. In manchen Bereichen schützen multilaterale Übereinkommen ausdrücklich souveräne Ziele. Befürchtungen, dass Liberalisierung andere Zielsetzungen verdrängen könnte, las-

sen sich zerstreuen. Alle Länder müssten ein vitales Interesse an den grundlegenden Prinzipien des "fair play", der Nichtdiskriminierung und Inländerbehandlung (National Treatment) haben.

Die WTO - Regeln untersagen keineswegs alle Maßnahmen zum Schutz inländischer Arbeitsplätze und Wirtschaftszweige. Manche Subventionsarten sind zulässig (nur keine ruinöse Subventionswirtschaft wie in der Landwirtschaft) und öffentliche Mittel können für Struktur- und Handelsanpassungsprogramme an Unternehmen oder arbeitslos gewordene Arbeitnehmer eingesetzt werden, wenn die Regierungen dies wünschen.

Die Streitbeilegung im multilateralen Handel erfolgt zwischen souveränen Staaten gemäß den von souveränen Staaten vereinbarten Regeln und Verfahren. Die multilaterale Streitbeilegung kann lediglich bestehende Verpflichtungen interpretieren; sie kann keine neuen Verpflichtungen schaffen. Gewisse Ausnahmen sind unter besonderen, genau abgegrenzten Umständen zulässig (Umweltabkommen; Abbau der Ozonschicht; Handel mit gefährdeten Arten; Basler Übereinkommen zur Verbringung gefährlicher Abfälle.

GATS

Gewisse Souveränitätsrechte sind ausdrücklich als fundamental anerkannt und im Abkommen geschützt. So haben die Regierungen das Recht nationale Politikziele zu verfolgen und dafür zu regulieren; Verpflichtungen zu verändern oder auszuheben; öffentliche oder private Monopole zu bestimmen oder beizubehalten; die Sektoren auszuwählen, für die sie Zugang gewähren und die Bedingungen zu setzen für die Gestaltung dieses Zugangs. Progressiv und nach eigener Maßgabe be-

stimmte Öffnung und Integration in das multilaterale Handelssystem ist gewährleistet. Handels- und Investitionsliberalisierung darf nicht mit dem Prozeß regulatorischer Reformen verwechselt werden (Deregulierung). Regulierung ist nicht Handelsbeschränkung. Im Gegenteil erfordert Investitionsliberalisierung oft Regulierung oder Re-Regulierung. Das Recht zu regulieren ist eines der fundamentalen Prinzipien des GATS. Die WTO setzt nicht selbst Standards oder überprüft den Inhalt von national bestimmten Standards, seien sie technischer oder professioneller Natur.

GATS ist auch keine Bedrohung öffentlicher Institutionen und der Daseinsvorsorge. In gemischten Bildungs- und Gesundheitssystemen konkurriert der private Sektor mit dem öffentlichen Sektor und damit kämen - so wird argumentiert- die staatlich alimentierten Dienstleistungen unter GATS. Dem ist nicht so, da "*services supplied in exercise of governmental authority*" ausdrücklich ausgenommen sind.

Vielleicht ist mehr definitorische Klarheit in den Verhandlungen nötig, um genau zu bestimmen, was einbezogen und was ausgeklammert ist.

Das WTO-Streitschlichtungsverfahren (DSU - Dispute Settlement Understanding)

Nationale Gesetze würden ausgehebelt, meinen Kritiker. Alle WTO-Mitglieder behalten jedoch das souveräne Recht, ihre eigenen Gesetze zu erlassen. Weder DSU noch andere internationale Einrichtungen haben die Autorität Gesetze souveräner Staaten wirkungslos zu machen. Es ist

auch nicht "undemokratisch" NGO's oder Korporationen nicht an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Da GATS ein Abkommen zwischen Regierungen ist, wäre es unangemessen andere Parteien an ihrer Stelle verhandeln zu lassen.

GATS Verhandlungen haben am 1. Januar 2000 begonnen, als Teil der "built-in" Agenda der Uruguay Runde.

Für die meisten OECD-Länder liegt der Wert der Dienstleistungs-Exporte zwischen 20-30% des Güterexport-Wertes.

Hauptkritik an offenen Märkten:

Liberalisierung reduziert die Verfügbarkeit, erhöht die Kosten und bedroht die Qualität oder verfälscht die Verteilung sozialer Dienstleistungen wie Gesundheit oder Bildung oder vitale Daseinsvorsorge wie Elektrizität und Wasser

Unbegrenzter Eintritt kultureller Produkte wie Filme, TV Produktionen und Musik untermindert, verdrängt und manipuliert die heimische Kultur

Gigantische multinationale Korporationen werden die einzigen wirklichen Nutznießer offener Dienstleistungsmärkte sein und das GATS wird ihnen die Mittel geben, ihre kleineren Wettbewerber auszubooten, vor allem in den EL und auch die regulatorische Macht nationaler Regierungen aushebeln.

Handel und Entwicklungsländer

Handelsliberalisierung bleibt ein bedeutendes Anliegen - für alle Länder und ungeachtet ihres Entwicklungsniveaus

Für Entwicklungspolitik sind Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und makroökonomisches Management essentiell, aber eine schlechte Handelspolitik wird

mit ziemlicher Sicherheit die positiven Effekte verringern, sogar soweit, dass andere Politiken unwirksam werden.

Die stärkere vollständige Integration von Nicht-OECD-Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft gehört zu den Top-Prioritäten für die OECD-Länder. Ein freies und offenes, Regel gestütztes multilaterales Handelssystem ist der Hauptbestandteil dieser Anstrengungen

Die WTO wird geschätzt, da sie einzig und allein - das aber allumfassend - für Handelsregeln zwischen Nationen zuständig ist.

Afrikanische LDC's (Least-Developped Countries) sind besonders schwach in ihrer Handelsleistung verglichen mit asiatischen Exporteuren wie Bangladesch, Kambodscha und Laos

Vier Schlussfolgerungen:

Die globalen Trends in Handel und Investitionen, obwohl sehr positiv, haben nicht alle Länder gleichermaßen begünstigt.

Ungeachtet der ökonomischen/quantitativen Schwierigkeit absolut exakt zu sagen, dass Marktöffnung Wachstum bringt und stärkt, geht die Entwicklung doch klar in diese Richtung. Sicher ist, dass es keinen Beweis gibt, dass Öffnung schlecht für das Wachstum ist.

Handelsliberalisierung ist *sine qua non* eines gesamten Reformprozesses und ist nur ein Element im Reformplan eines Landes, der auf die Integration in die globale Wirtschaft ausgerichtet ist.

Der Weg bis zur Handelsliberalisierung bedarf daher der Annahme komplementärer Maßnahmen, die das Sozialgefüge stärken und gleichzeitig die Ausgangskosten der Handelsliberalisierung minimieren.

Dies umfaßt *inter alia* harte und weiche Infrastruktur, die Etablierung von Konfliktlösungen und sozialen Sicherheitsnetzen.

Mehr als zwei Drittel der WTO Mitglieder sind Entwicklungsländer

Handel ist wichtig für Nicht-OECD-Länder, da es oft das vorrangige Mittel ist, um globale Integration zu erreichen.

Handelsliberalisierung trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, aber ist kein Substitut für gute Entwicklungspolitik. Die Ausweitung des Handels zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern brächte ein um 0,5% höheres Wachstum der Weltwirtschaft. 300 Millionen Menschen zusätzlich könnten damit bis zum Jahr 2015 der Armut entkommen.

Gutes Beispiel Vietnam: in 5 Jahren ist die Armut der Landbevölkerung von 66% auf 45% zurückgegangen, da Gewinne aus Kaffee-Exporten in Dünger und Pestizide etc angelegt wurden und die Produktivität damit verbessert werden konnte.

3. Den Handelsinteressen von Nicht-OECD-Ländern wird besser gedient im Kontext des multilateralen Handelssystems, das liberale Handelsregime fördert und unterhält, gestützt und untermauert durch transparente, voraussehbare internationale Handelsregeln.

Die globalen Trends, auch wenn sie generell positiv sind, haben den Nicht-OECD-Ländern nicht gleichermaßen genützt.

Mit Ausnahme einiger weniger größerer Entwicklungsländer und in Bezug auf einige wenige Produkte haben die Präferenzsysteme des GSP (Generalised System of Preferences) begrenzten Erfolg gehabt,

um signifikantes Exportwachstum zu erreichen oder die Handelsanteile der Begünstigten zu verbessern.

Agrar

327Mrd. US\$ PSE (Producer Subsidy Equivalent) im Jahr 2000.

WTO Verhandlungen innerhalb der "built-in agenda" sind eine wichtige Gelegenheit für weitere Reformen, die wirtschaftlichen, Umwelt - und sozialen Nutzen/Gewinn bringen. OECD Analysen zu Multifunktionalität, Decoupling, zu den Auswirkungen der Uruguay-Runde und verschiedene handelsbezogene Themen, inklusive Umweltprüfungen, sind ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis von Agrarpolitik und ihren internationalen Auswirkungen.

1995 trat das Uruguay Abkommen über Landwirtschaft bereits in Kraft. Dennoch haben die Nicht-OECD-Länder inzwischen in der Implementierungsphase ihren Marktanteil für Nahrungsmittel und Agrarprodukte in den OECD-Ländern nicht erweitern können. Ein Grund dürfte der Ersatz konventioneller Handelsinstrumente durch nicht - tarifäre Maßnahmen (NTM) sein, die einen besonders signifikanten Effekt auf Entwicklungs - und Schwellenländer haben.

Die OECD-Minister haben einer progressiven und konzertierten Verringerung der Agrarstützung zugestimmt. Da keine weiteren Reduktionsverpflichtungen nach der Uruguay - Runde für die meisten OECD-Länder terminiert sind, sollten die laufenden Agrarverhandlungen in der WTO den Impetus für weitere Reformen bieten. "Innovative Markt basierte und besser ausgerichtete Maßnahmen und größere Kohärenz der Politiken könnte zu weniger

Distorsionen der Agrarproduktion, des Verbrauchs und des Handels führen.

Auch wenn das Niveau des internationalen Agrarhandels mit verarbeiteten Produkten gestiegen ist, hat die Bedeutung der Landwirtschaft im gesamten Handel seit Mitte der 80er Jahre abgenommen - weniger als 7% heute verglichen mit über 9% in den Jahren 1986-88.

Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ist weniger als 4% in den meisten OECD - Ländern (aber 14% in der Türkei und 1% in der Schweiz).

Agrarprotektionismus: CAP (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) kostet eine vierköpfige Familie infolge der künstlich erhöhten Preise rd. 1500 US\$ jährlich - allein die indirekten Kosten der Verbraucher.

Mit weiteren 100 US\$ pro Kopf werden die Landwirte direkt subventioniert. Allein für Zucker in der EU werden jährlich 3 Mrd. ECU (79-89) aufgewendet: 40 EURO für eine 4 köpfige Familie. (S. 103ff)

Die japanischen Bauern bezogen 1995 Einkommen aus Hilfs- und Schutzmaßnahmen, die einer Subvention in Höhe von 77% des Werts der erzeugten Produkte entsprechen : 49,3 Mrd. US\$ - besonders Weizen und Reis. Rund 51% der von den japanischen Verbrauchern 1995 für landwirtschaftliche Produkte gezahlten Preise entfielen auf zusätzliche zum Weltmarktpreis anfallende Steuern.

Die Subventionen der reichen Länder für ihre Landwirtschaft belaufen sich nach Berechnungen der Weltbank (Uri Dudush) auf eine Milliarde Dollar am Tag - sechs Mal soviel wie die gesamte Entwicklungshilfe.

Bei Textilien und Bekleidung erhöhten sich die Preise um rd. 58% in den USA in den

späteren 80er Jahren durch Handelsbeschränkungen. Wenn bis 2015 alle Textilmärkte geöffnet wären, brächte das den Entwicklungsländern Einkommenszuwächse von 400 Mrd. \$.

Viele Bauern in Industrieländern haben keine natürlichen komparativen Kostenvorteile, sondern sogenannte "erworbene Kostenvorteile" aufgrund jahrelanger Unterstützung.

Weitere Daten und Fakten zu FDI/ADI

FDI/ADI (Ausländische Direktinvestitionen): 17% jährlicher Anstieg von 1981-1998 - mehr als doppelt so schnell wie der Welthandel in Gütern und Dienstleistungen und fünfmal schneller als das BIP.

FDI-"Exporte" haben sich mehr als verzehnfacht - von 59 Mrd. US\$ im Jahr 1981 auf 617 Billionen US\$ 1998.

1980 machten FDI/ADI nur 5% des Welt BIP aus. 1998 verdreifachte sich der Anteil auf 14%. Von 1993-1999 (also in 6 Jahren) sind die Welt -FDI/ADI - Ströme von knapp über 200 Mrd. US\$ auf rund 800 Mrd. US\$ im Jahr 1998 gestiegen und haben die 1 Billion US\$ im Jahr 2000 überschritten. Die große Mehrheit der Weltinvestitionen fand unter den OECD-Ländern statt. Mehr als 90% der FDI kamen aus OECD-Ländern und in den letzten Jahren sind rund drei Viertel der FDI Zuflüsse auch in diese Länder gegangen.

Ausserhalb der OECD-Region sind die FDI nicht gleichmäßig über die Regionen verteilt. FDI war sehr konzentriert in Lateinamerika und Asien. Zusammen repräsentieren diese beiden Regionen zwei Drittel der gesamten OECD FDI in Entwicklungsländern. 1998 waren die zehn grössten Empfänger von OECD FDI Nicht-OECD-

Länder aus diesen beiden Kontinenten. In den 90er Jahren nahmen diese zehn Länder zwischen 40 % und 50 % der gesamten OECD FDI Zuflüsse in Entwicklungsländern auf, mit geringen Veränderungen in der Zusammensetzung der zehn Länder. Für die OECD Länder stellen die FDI an EL nur einen geringen Teil ihres BIP und der gesamten FDI dar. Aber für EL sind sie von großer Bedeutung. Rund 20% machen die FDI am BIP in Ländern wie Kolumbien und Venezuela aus, in Chile 40%, in Malaysia 67% und in Singapur 85,8% - besonders illustrativ, wenn man es am Weltdurchschnitt von 14% mißt.

Nicht nur als Anteil am BIP bekommen FDI für EL immer mehr Bedeutung, auch ODA oder Exportkredite fallen dahinter zurück. ODA ist in absoluten Zahlen von 1992-1999 gesunken, FDI haben sich vervierfacht.

Viele FDI waren Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions) –

M & A waren mehr gewachsen als die FDI insgesamt. Immer mehr gehen FDI in den Dienstleistungssektor. 1998 waren es bereits mehr als die Hälfte der OECD FDI und im Finanzbereich wiederum die meisten FDI. FDI sind auch hoch in den Bereichen Elektrizität, Gas, Wasser, Telekommunikation - begünstigt durch Privatisierung und Deregulierung.

Besonders die zunehmende Liberalisierung und Abschaffung der Handelsbarrieren hat dieses FDI- Wachstum hervorgerufen, des weiteren Investitions- und Subventionsreformen.

Auch wenn es noch keine universellen Regeln für FDI gibt, so sind die OECD-Länder verpflichtet, nicht-diskriminierende Behandlung für FDI vorzusehen. Sie müssen die rechtlich bindenden OECD-

Liberalisierungskodizes anwenden. Die 33 Länder, die der OECD-Erklärung zu Internationalen Investitionen und multinationalen Unternehmen beigetreten sind (OECD+ABC), haben auch eine politische Verpflichtung übernommen, die Inländer-Gleichbehandlung (National Treatment) anzuwenden und andere sich widersprechende Auflagen (conflicting requirements) zu vermeiden. NAFTA, ASEAN, ANZCERTA, MERCOSUR, SADC, FTAA (Free Trade Area of the Americas) in Verhandlung.

Bilaterale Investitionsverträge (BITs) sind sehr wichtig zur Förderung und zum Schutz von Investitionsströmen. BITs haben auch Streitschlichtungsregeln zwischen Staaten und zwischen Investor und Staaten. Die meisten BITs sind in den 90er Jahren geschlossen worden. In den drei Jahrzehnten vor 1990 gab es nur 500 BITs, während es um das Jahr 2000 fast 2000 waren. 1999 wurde die Mehrzahl zwischen den EL geschlossen.

Von den rund Tausend Änderungen an FDI-Regelwerken in den 90er Jahren waren 94% dazu gedacht, ein günstigeres Umfeld für FDI zu schaffen. Statt Barrieren benutzen viele Länder jetzt Incentives, um FDI anzuziehen.

Aber es gibt noch Barrieren, z.B. um nationale "Kontrolle" weiter auszuüben, werden Restriktionen für ausländisches Eigentum angewandt. "Strategische Sektoren" werden z.B. ausgenommen oder Fall zu Fall Öffnungen in Sektoren oder Firmenziele müssen mit nationalen Entwicklungszielen verkoppelt werden z.B. das bestimmte "performance requirements" erfüllt werden müssen. Barrieren sind auch:

- Mangelnde Transparenz der Regelwerke

- Korruption
- Schwacher Schutz des geistigen Eigentums und
- Willkürliche Anwendung von Verordnungen und Gesetzen.

Schlussfolgerung:

Länder, die offenere Handels- und Investitionsregime hatten, haben im letzten Jahrzehnt die doppelte jährliche Wachstumsrate gegenüber anderen erreicht und mehr FDI angezogen. Offene Volkswirtschaften sind in den 70ern und 80er Jahren um 4,5% jährlich gewachsen, die Länder mit geschlossenen Volkswirtschaften wuchsen um 0,7% .

Zitate

Weltbankstudien kamen zu demselben Ergebnis:

Openness boosts economic growth.

Greenspan, Fed :

"Indeed, probably the single most effective action that the industrial countries could implement to alleviate the terrible poverty in many developing countries would be to open - unilaterally - markets to imports from these countries. "

"Ökonomen können die analytischen Bande zwischen Handel und Wachstum und Lebensstandards nachweisen. Eine weit grössere Herausforderung ist für uns, und wird es bleiben, klar zu machen, dass Globalisierung ein Unterfangen ist, das weltweit die Werte der Freiheit und des zivilen Kontaktes ausbreiten kann - die Antithese zum Terrorismus ."